

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbetrag ist in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufstellunggebühren) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbühlstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachkonto Dresden Nr. 16 699. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-2, Mittelbühlstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Abschlußstunden der Redaktion: Mittwochs 15-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Komposition oder deren Raum u. 30 M. für 10 Zeilen in 10 M. für die Restzeit anstehend an den dreizehnten Teil einer Zeile 1 50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mittelbühlstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise ist ein Nachdruck auf Verlangung der Zeitung oder auf Aufstellung der Anzeigenpreise

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 1. März 1929

Nummer 51

Gebering sanktioniert den Stahlhelm

Die SPD bettelt um Graf Westarps Gunst

Fußritze für die „Linken“

Berlin, 1. März 1929.

Was sich gestern im Haushaltsausschuß des Reichstags abspielte, das wäre wert gewesen, durch den Rundfunk verbreitet zu werden. Dann hätten vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter einmal Gelegenheit gehabt, ihre rechten, wie „linken“ Führer in ihrer ganzen Erbärmlichkeit als treue, unterwürfige Vasallen der Bourgeoisie und deren ausgeprägten Nationalisten kennen zu lernen. Von den „Linken“ hätten sie allerdings nichts gehört, denn diese waren entweder nicht da, oder drückten sich im entscheidenden Augenblick oder schwiegen, trotzdem letzten Endes die dort geführte Debatte um ihre quälenden

„heiligsten Prinzipien“ in der Wehrfrage ging, durch die sich diese „Linken“ Sozialdemokraten in radikalen Worten äußerten von dem Weis und Gebering unterscheiden.

Bekanntlich erklärte Gebering in der Mittwochsitzung des Ausschusses, wie schon berichtet, daß nach den Erklärungen der Stahlhelmführer vor dem Reichspräsidenten bez. der Stellung des Stahlhelms zum Staat die Regierung von der unangenehmen Verpflichtung entbunden sei, gegen die Organisation des Stahlhelms und generell gegen alle Beamten vorzugehen, die ihm angehören.

Diese skandalöse Sanktionierung der führenden deutschen Faschistenorganisation durch den sozialdemokratischen Reichsinnenminister hat begreiflicherweise bei der SPD-Arbeiterschaft größte Empörung ausgelöst. Das veranlaßte die SPD-Fraktion am Donnerstag, Solimann vorzuführen, der die Aufgabe hatte, durch eine radikale Rede gegen den Stahlhelm die tatsächliche Stellungnahme seines Ministers Gebering für den Stahlhelm zu verwickeln. Nur diesen Zweck hatte die Rede Solimanns. Mit Recht fragte daraufhin Genosse Torgler Gebering, ob er nach den neuesten Äußerungen der Stahlhelmführer und nach dieser Rede seines Parteigenossen auf seinem am Mittwoch bezogenen Standpunkt bestehen bleibt. Gebering blieb darauf die Antwort schuldig — womit der Zweck der Anfrage des Genossen Torgler erreicht wurde, erneut festzustellen, daß die Sozialdemokratie ein heuchlerisches Spiel auch hier treibt, wenn sie durch den Vorstoß Solimanns es so darstellen will, als bestände eine wirkliche Gegensatzlichkeit zwischen den SPD-Führern und dem Stahlhelm. Es bleibt also dabei, daß Reichsbeamte mit Billigung des sozialdemokratischen Innenministers Mitglieder des faschistischen Stahlhelms sein und bleiben können, während derselbe Gebering ausdrücklich ankündigt, daß er gegen alle Beamten einschreiten wird, die sich dem KPD oder der SPD anschließen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde durch Vorstoß der Deutschnationalen die Frage des Stahlhelms vollkommen in den Hintergrund gedrängt und dafür von ihnen eine Debatte über „sozialdemokratischen Landeserrat“ entleert, die zum Gegenstand Neuerungen linkssozialdemokratischer Führer zur Wehrdebatte in der SPD hatten. Bereits Anfang Februar hat die deutschnationale Fraktion eine Interpellation eingereicht, in der Forderungen aus einer Druckschrift unter dem Titel „Sozialdemokratie und Wehrproblem“, als deren Herausgeber Leol. Rosenfeld, Seidewitz und Ströbel genannt, angeführt werden. Darunter befindet sich auch folgendes Zitat: „Der Vorwurf des Landeserrats ist nichts gegenüber einer Partei, die keine Pflichten gegenüber Land und Nation, die Pflichten lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats hat.“ Die Reichsregierung wird dann in der Interpellation gefragt, was sie dagegen zu tun gedenkt, da sich diese sozialdemokratischen „Landeserräter“ hinter ihre Immunität als Abgeordnete verstecken. Es ist begreiflich, daß so nützlich diese linken Phrasen für den sozialdemokratischen Hauptvorwand zur Täuschung der Mitglieder über seinen wirklichen Standpunkt zur Wehrfrage ist, im Reichstag und in solchen Ausschüssen, wo es um die Aufrechterhaltung der

Konkision geht, das radikale Geschwätz der Devi, Rosenfeld und Seidewitz den Gebering, Weis und Solimann sehr unangenehm ist. Es ist interessant, festzustellen, daß der gestrige Abendvortrag von diesem Teil der Debatte nichts zu berichten weiß. Daher soll an dieser Stelle um so eingehender das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den Deutschnationalen gekennzeichnet werden.

Auf die Ausführungen des Grafen Westarp antwortete zunächst Gebering, der fingenäh folgendes sagte, ohne Kontakt auf die Angriffe gegen seine „linken“ Parteifreunde einzugehen:

„Herr Graf von Westarp, ich appelliere an Sie als klugen und verantwortungsbewußten Führer einer großen Partei, dafür zu sorgen, daß die Beschuldigung der Sozialdemokratie als Landeserräterpartei aufhört. Vor allen Dingen mit Rücksicht auf das Ausland. Gerade weil in Ihren Kreisen immer wieder auf die Gefahr kriegerischer Verwicklungen im Osten hingewiesen wird, ist es um so bedauerlicher, daß aus den Kreisen Ihrer Partei ein Verleumdung des deutschen Volkes des Landeserrats beschuldigt wird. Wenn eine Macht einen Solarenritt gegen Deutschland reiten will, dann muß sie doch geradezu dazu gereizt werden, wenn sie aus Ihrem Munde erfährt, daß sie sich bei Ihren Vätern auf den Landeserrat der größten Partei Deutschlands stützen kann.“

Diese offene Manifestation der Politik des 4. August 1914 durch Gebering fand natürlich die begeisterte Zustimmung nicht nur seiner Partei, sondern auch der Koalitionsparteien. Aber

Neue Gewaltakte gegen KPD-Abgeordnete

Hinauswurf der Genossen Stoeder und Torgler aus dem Reichstag

Berlin, den 25. Februar 1929.

In der Reichstagsitzung vom Donnerstag schloß der Präsident Loebe die kommunistischen Abgeordneten Stoeder und Torgler von der Sitzung aus, nachdem er vorher den Genossen Torgler in der provokatorischen Weise beschimpft hatte. Diese unerhörte neue Gewaltmaßnahme Loebes beantwortete die kommunistische Fraktion mit empörten Zwischenrufen und demonstrierendem gemeinsamen Verlassen des Saales.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den letzten Tagen durch die Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Stoeder- und Panzerkreuzerpolitik der Regierung Hermann Müller durch die Fühllosigkeit der bürgerlichen Parteien in der Regierungspolitik, durch die Vorgänge im Haushaltsausschuß des Reichstages, wo Gebering in der erbärmlichsten Weise um die Gnade der Deutschnationalen miseln mußte zu einem Zeitpunkt, wo durch die Stresemann-Partei ein offener Stahlhelmsvorstoß

im Reichstag gegen die Verfassung erfolgt, durch die Vorgänge im Plenum des Reichstages, wo die kommunistische Fraktion den Kampf für den Schutz von Mutter und Kind bei völliger Fehlpolitik der Sozialdemokratie und ihrer Regierung führte, in eine immer kläglichere und peinlichere Lage gekommen. Das war der Anlaß für Loebe, in dieser Sitzung seinem provokatorischen Verhalten gegen die Kommunisten die Spitze aufzusetzen.

Als der Genosse Torgler gegen Ende der Sitzung wegen des festgelegten Fraktionsführers die Vertagung beantragte, beschimpfte Loebe plötzlich den Genossen Torgler mit dem Anwurf: „Wie immer hat der Abgeordnete Torgler die Unwahrheit gesagt!“ Wegen dieser ernde und schändlichen Verleumdung erhob sich ein völlig berechtigter Proteststurm der gesamten kommunistischen Fraktion. Unabwärtig empörte Jurke, wie „Unerschämtheit!“ „Unerschämtheit!“ „Sie werden immer unerschämter!“ Daraufhin schloß Loebe ohne jeglichen Ordnungsruf plötzlich die Genossen Stoeder und Torgler von der Sitzung aus und forderte sie auf, den Saal sofort zu verlassen. Natürlich erhob sich darauf ein erneuter heftiger Proteststurm; Rufe wie „Ungeheuerliche Beschäftigung!“ „Immer schlimmere Methoden!“ „Sie entsuppen sich immer deutlicher als Hausnecht!“ Genosse Stoeder rief Loebe empört zu: „Sie wollen die Kommunisten nur mundtot machen und die Fraktion in ihrer Führung schwächen!“ Daraufhin rief die kommunistische Fraktion unter Führung der Genossen Stoeder und Torgler geschlossen demonstrierend den Saal.

Von der Eingangstür aus rief der Genosse Stoeder Loebe noch zu: „Sie ehnen mit diesen Methoden ja nur dem Faschismus die Wege!“

Darauf trat die kommunistische Fraktion sofort zu einer Sitzung zusammen und beschloß die folgende Protestklärung:

„Der Präsident des Reichstages hat in der Sitzung vom Donnerstag auf einen vom Abg. Torgler geführten Ordnungsmäßig gestellten Antrag mit der unerhörten Beschimpfung geantwortet: „Der Abgeordnete Torgler hat, wie immer, die Unwahrheit gesagt.“ Diese bewußte herausfordernde Beschimpfung eines Vertreters der Arbeiterklasse rief bei der kommunistischen Fraktion einen berechtigten Entrüstungsturm hervor. Die Kennzeichnung eines solchen Verhaltens des Präsidenten mit den Rufen: „Unerschämtheit!“ war die berechtigte Antwort der kommunistischen Fraktion.“

Der dann plötzlich ohne jeden Ordnungsruf vorgenommene Ausschluß der beiden Abgeordneten Stoeder und Torgler stellt eine Steigerung der bewußten Willkür des Präsidenten Loebe gegen die kommunistische Fraktion dar. Dieser sojuzierte Mißbrauch des Präsidentenamtes zu unerhörten parteiischen Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Fraktion durch Loebe hat ohne Zweifel seine Ursache in den wachsenden politischen Schwierigkeiten der sozialdemokratischen, arbeitersindlichen Koalitionspolitik.“

Die kommunistische Fraktion wird die Herausforderung Loebes beantworten mit einem um so entschlosseneren Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik, gegen ihre Sperrmaßnahmen für den Faschismus, mit einem geschärften Kampf für die Interessen aller Werktätigen.“

Gowjetrussische Eisbrecher legen deutsche Küste frei

Riel, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Bereits 4 deutsche Dampfer haben die nach langem Zögern von der deutschen Regierung angeforderten russischen Eisbrecher auf der Fahrt nach Riel losgelassen und zu einem Geleitzug vereinigt. Für heute nachmittags erwartet man ihre Ankunft. Geplant ist, daß zunächst der kleinere „Trumor“ das Eis des Kaiser-Wilhelm-Kanals aufbrechen soll, da der riesige „Jermol“ zu groß dafür ist. „Jermol“ wird inzwischen den nördlich von Riel liegenden Schiffen eine Fahrtrasse bahnen und wahrscheinlich dann durch den aufgedrochenen Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Unterelbe fahren, um dort weiterzuarbeiten. Wie wir

weiter erfahren, hat die deutsche Volkstanz in Woskon bereits um die Entsendung eines dritten Sowjeteisbrechers, und zwar des „Kenin“, gebeten, um die Arbeit seiner beiden Genossen zu unterstützen und die im Riel-Hafen eingefrorenen in- und ausländischen Schiffe aus der Unklammerung des Eises zu befreien. Diese Bedingungen, die aus völlig erwidertem Zweck kommen, sind nicht nur ein leuchtendes Beispiel für die Hilfsbereitschaft der Sowjetrussen, für die ja schon die heldenhafte Rettung der Nobile-Expedition zeugte, sondern auch ein Beweis für den klüglichen Kontrast der Hochmutgehe der deutschen Regierung, die zuerst das Angebot ablehnen wollte, um mit ihren Panzer- und Eisbrechern zu prüfen und dann kläglich vor den Naturgewalten kapitulieren, vor denen ihnen jetzt die Rufen Schutz gewährt werden. Die Riel-Verseicherung bereitet sich auf einen begeisterten Empfang der Sowjeteisbrecher vor.

Küsten Eisbrecher kommen zu Hilfe

Nachdem der Kampf gegen die übermächtigen Eismassen der Ostsee immer schwieriger geworden ist, haben sich die zuständigen Reichsbehörden gezwungen gesehen, russische Eisbrecher zur Hilfeleistung anzufordern. Die beiden Eisbrecher „Jermol“ und „Trumor“ befinden sich bereits auf der Fahrt nach Riel. Ihre Aufgabe wird es sein, die in der westlichen Ostsee liegenden Schiffe freizumachen. Unter ihrer jetzt einen der Eisbrecher auf seiner Fahrt nach Deutschland.

